Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Nicht Angebot und Nachfrage: Spekulation bewegt den Preis für Rohöl
2. «Ölkonzerne haben bereits 80 Milliarden verdient»
3. Die Opfer der Kriegsfolgen
4. Gesundheitspolitik: Kostenlose Mitversicherung vor dem Aus
5. Schlappe für Frankreichs Rechtspopulisten
6. Zusammenbruch der internationalen Ordnung oder kontrolliertes Chaos?
7. Ausweitung des Iran-Krieges: Vor dem Showdown
8. Israels Krieg im Libanon: Sanitäter im Visier
9. Faktencheck: Getäuscht durch gefälschte Bilder aus dem Iran
10. Rechte Kampagne: Vorwurf Judenhass gegen Linkspartei
11. Correctiv, HateAid und Amadeu-Stiftung: Journalisten agieren als Lobbygruppe
12. UBS und Schweizer Nationalbank sind Aktionäre von Palantir
13. Die Wahrscheinlichkeit eines digitalen “dunklen Zeitalters” ist sehr hoch
14. Token-Tracking: Warum Unternehmen jetzt die KI-Nutzung ihrer Mitarbeitenden messen
15. Bayern scheitert: Kein Zwang zur Bundeswehr-Kooperation

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Nicht Angebot und Nachfrage: Spekulation bewegt den Preis für Rohöl**
   Heute ist an „den Märkten“ etwas sehr Interessantes passiert.
   Um fast genau 12 Uhr mittags ist der deutsche Aktienindex durch die Decke gegangen

und hat innerhalb weniger Minuten 1300 Punkte oder über fünf Prozent gewonnen. Zur exakt gleichen Zeit ist der Ölpreis um über zehn Dollar pro Barrel und damit über zehn Prozent gesunken.
Was war geschehen? Genau zu dem Zeitpunkt hat Donald Trump verkündet, dass er mit dem Iran verhandelt und doch keine Ölanlagen im Iran zerstören wird. Das machte Hoffnung, dass eine ganz große Krise vermieden werden kann.
Was aber bedeutet es, wenn ein Politiker mit einigen Worten, die in Sachen Iran nicht einmal verifiziert waren, so verschiedene Märkte so massiv bewegen kann?
Es bedeutet, dass die Preise an einem Markt wie dem für Rohöl offensichtlich den gleichen Kräften ausgesetzt sind wie die Preise an einem rein spekulativen Markt wie der Aktienbörse. Das bedeutet auch, dass die Ölpreise über Wochen und Monate nichts mit Angebot und Nachfrage nach Öl zu tun haben.
Quelle: Relevante Ökonomik

2. **«Ölkonzerne haben bereits 80 Milliarden verdient»**
Yanis Varoufakis sieht im Angriff auf den Iran den Beginn einer globalen Krise und in politischer Organisation die einzige Antwort.
Der ehemalige Finanzminister Griechenlands und einstige Hoffnungsträger der linken Syriza-Regierung Yanis Varoufakis sitzt im Gespräch mit dem US-Journalisten und Pulitzer-Preisträger Chris Hedges und spricht nicht wie ein Politiker, der etwas verkaufen will, sondern wie einer, der eine Rechnung aufmacht, die niemand bestellt hat und die trotzdem alle bezahlen sollen. Am Anfang scheint es noch um Strategie zu gehen. Um Iran, um Trump, um Netanjahu. Um den Schrecken, von dem wir täglich lesen: wer mit welcher bunkerbrechenden Rakete getötet wird, welches Ölfeld brennt, welche Stadt getroffen ist. Aber Yanis Varoufakis räumt das schnell beiseite und entwirft ein Szenario, in dem diese schnellen Kriegsanalysen kaum relevanter sind als die Schlagzeilen von gestern. Was bleibt, ist die Ahnung einer Katastrophe, die sich langsam in Gang setzt.
Quelle: Infosperber

3. **Die Opfer der Kriegsfolgen**
Der von den USA und Israel, zwei engen Verbündeten der Bundesrepublik, losgetretene Angriffskrieg gegen Iran belastet zahlreiche Länder Asiens wegen der weitgehenden Unterbrechung der Treibstofflieferungen durch die Straße von Hormus schwer. Zu den am stärksten betroffenen Ländern gehört Indien, das in hohem Maße von Öl- und Gaslieferungen aus der Golfregion abhängig ist. Dort sind – von kleinen Restaurants bis hin zu Betrieben des größten Metallkonzerns im Land – Unternehmen aller Art von Betriebsstillständen bedroht. In Pakistan und Bangladesch mussten Maßnahmen zur Senkung des Treibstoffverbrauchs angekündigt werden, darunter die Schließung von Präsenzschulen und Universitäten. Auch Indonesien hat

Sparmaßnahmen in allen Regierungsbehörden bekanntgegeben. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen warnt vor einer sich verschärfenden Hungerkrise, durch die die Zahl der Hungerleidenden weltweit um 45 Millionen steigen könnte. Aktuell zeichnet sich aufgrund der Genehmigung Irans für Schiffe nicht feindlicher Länder zur Durchfahrt durch die Straße von Hormuz ein wenig Erleichterung ab. Berlin, mit den Aggressoren verbündet, kümmert sich nicht um die Notlage in Süd- und Südostasien.
Quelle: German Foreign Policy

4. **Gesundheitspolitik: Kostenlose Mitversicherung vor dem Aus**
Millionen Menschen profitieren von der kostenlosen Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Laut einem Pressebericht soll diese aber abgeschafft werden.
Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) könnte für viele Familien bald merklich teurer werden. So plant die Bundesregierung offenbar die Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung von Ehepartnern. Dies berichtet das "Handelsblatt" und beruft sich auf Informationen aus Koalitionskreisen. Eine finale Entscheidung stehe jedoch noch aus.
In der gesetzlichen Krankenversicherung können Ehe- und eingetragene Lebenspartner bislang kostenfrei mitversichert werden, sofern sie ein Einkommen von 565 Euro im Monat nicht überschreiten. Dies soll sich künftig ändern: Wer bislang kostenlos mitversichert war, soll künftig einen Mindestbetrag von monatlich 225 Euro zahlen. 200 Euro davon würden in die Krankenversicherung gehen, die übrigen 25 Euro in die Pflegeversicherung.
Von den 74,2 Millionen GKV-Versicherten sind insgesamt 15,6 Millionen kostenlos mitversichert. Beim überwiegenden Teil hiervon handelt es sich um Kinder. Diese sind in der Regel bis zum 18. Lebensjahr familienversichert – ohne eigenes Einkommen verlängert sich der Schutz bis zum 23. Lebensjahr, durch eine Ausbildung oder ein Studium kann die Altersgrenze bis zum 25. Lebensjahr erweitert werden.
Für Kinder beziehungsweise Heranwachsende soll sich nichts ändern. Betroffen von den Plänen sind vielmehr die rund drei Millionen Erwachsenen. Allerdings sehen die Pläne Ausnahmeregelungen für Menschen mit Kindern unter sechs Jahren oder pflegebedürftigen Angehörigen vor.
Quelle: t-online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Und dieser Irrsinn wird als "Arbeitsanreiz" (zynisches Politsprech für "Zwang, eine bezahlte Arbeit anzunehmen") und "Sparprogramm" (Spoiler: auf Kosten der Arbeitnehmer) angepriesen – man kann gar nicht so viel essen, wie man kotzen möchte. Betroffen sein werden nicht die Sehr-Gut-*

Verdiener, die meistens privat versichert und/oder problemlos ein paar hundert Euro mehr im Monat zahlen können. Betroffen sind auch nicht die ganz Armen und die untere Mittelschicht, weil da meistens sowie beide Eltern arbeiten müssen; betroffen sind allerdings Menschen nur mit Minijob/nicht SV-pflichtig angestellt. Hauptsächlich be- und getroffen wäre die mittlere bis obere Mittelschicht, in denen eine/r (meistens die Frau) sich als Hausfrau und Mutter um die Familie kümmert und jetzt gezwungen wird, sich den Krankenversicherungsanspruch zu erarbeiten – oder aber z. B. 300 Euro monatlich vom Hauptverdienereinkommen abzwacken zu müssen. Man könnte meinen, das wäre die Hauptklientel von SPD ("die hart arbeitende Mitte") und Union (die immer die Familienwerte und die persönliche Freiheit hochhält), aber denen spucken die drei Parteien freudig ins Gesicht. Das alles in einer Rezession mit rasant steigender Arbeitslosigkeit, in der die idiotische Idee, mehr Menschen zum Arbeiten zu zwingen, ans Sadistische grenzt. Und zur prognostizierten Entlastung von 2,8 Milliarden Euro jährlich für die GKV: bei 306 Milliarden Euro im Jahr 2023 und vielleicht 330 Milliarden Euro ist das nicht mal ein Prozent, also der Tropfen auf dem heißen Stein, weil man die echten Kostenbrocken bei den Krankenhäusern und den Medikamenten (zusammen etwas zwei Drittel der GKV-Kosten) nicht angehen will. Aber schön, dass man mit dem "Arbeitsanreiz" mal ein Exempel bei den faulen Lifestyle-Ehepaaren statuiert. Wenn das geschafft ist, kann man über die kostenlose Mitversicherung der Kinder diskutieren und auch für Kinder "Arbeitsanreize" fordern.

dazu auch: **Söder: Reformen bis Pfingsten**
Nach der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz verspricht die schwarz-rote Koalition in Berlin eine Umsetzung geplanter Reformen. CSU-Chef Markus Söder macht beim Zeitplan Druck.
CSU-Chef Markus Söder will wichtige Reformen der schwarz-roten Koalition bis Pfingsten auf den Weg bringen. "Am besten muss alles zwischen Ostern und Pfingsten passieren. Jetzt müssen alle raus aus ihren ideologischen Elfenbeintürmen. Es gibt keine Ausreden mehr", sagte der bayerische Ministerpräsident dem "Stern". Die Zeit bis zum Pfingstfest Ende Mai nannte Söder die "Crunch Time", also die entscheidende Phase.
Quelle: stern

5. **Schlappe für Frankreichs Rechtspopulisten**
   Die rechtspopulistische Partei Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen hat bei den französischen Kommunalwahlen am Sonntag einen Rückschlag hinnehmen müssen. Aber auch die Linkspopulisten erlitten Rückschläge. Die Urnengänge galten als Stimmungsbarometer für die Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr. Bei dieser

liegt der RN in Umfragen aktuell klar voran.
Quelle: ORF

6. **Zusammenbruch der internationalen Ordnung oder kontrolliertes Chaos?**
Einmal mehr versucht Alexander Kouzminov, der in Russland geborene Wissenschaftler, der seit vielen Jahren in New Zealand lebt und arbeitet, die geopolitischen Veränderungen unserer Zeit zu analysieren und zu formulieren – inklusive die fälligen Schlussfolgerungen, die daraus für unsere Zukunft zu ziehen sind. Dabei teilt Alexander Kouzminov die Weltkarte in sieben „Regionen" auf, die hier auch separat studiert werden können – siehe unten.
Quelle: Globalbridge
7. **Ausweitung des Iran-Krieges: Vor dem Showdown**
Iran und die USA steuern auf eine Zuspitzung ihrer militärischen Konfrontation zu. Europa wird sich da auf Dauer nicht heraushalten können. […]
April könnte der Monat des Iran-Showdowns werden, eventuell zeitgleich zum erwarteten Frühjahrsaufschwung der Kämpfe in der Ukraine, wo Russland zwar Boden verliert, aber neue Offensiven vorbereitet – ermuntert durch die Ölgelder, die der Irankrieg in seine Kassen spült. „Das ist nicht unser Krieg", wie es zum Irankrieg vergangene Woche noch aus Europa hieß, ist da keine adäquate Antwort mehr. Es gibt momentan kein europäisches „Wir". Trumps Irankrieg und davor seine Grönland-Ambitionen haben die Nato gespalten, die EU wird vom Trump- und Putin-Freund Viktor Orbán aus Ungarn lahmgelegt. Jede Regierung muss selbst überlegen, wo sie in diesem heraufziehenden Dritten Weltkrieg steht und was sie zu tun gedenkt. Auch in Berlin.
Quelle: taz

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Viel Geraune und eine allgemeine Beschreibung der möglichen Kriegsverläufe in der Ukraine und im und um den Iran – aber wenn ich es richtig verstehe, dann fordert der taz-Kolumnist hier die Beteiligung Deutschlands am "heraufziehenden Dritten Weltkrieg". Dass man die Kriege in der Ukraine und um den Iran dringendst beenden müsste und mit etwas gutem Willen auch könnte (um die taz zum Ukrainekrieg zu paraphrasieren: "Trump könnte den Krieg (gegen den Iran) jederzeit beenden"), wird hier der Dritte Weltkrieg beschworen. Völlig irre, völlig durchgedreht.*

8. **Israels Krieg im Libanon: Sanitäter im Visier**
Israels Armee will den Süden des Libanon vom Rest des Landes abschneiden und zerstört Brücken. Auf Kinder und medizinisches Personal nimmt sie keine Rücksicht. Seit drei Wochen hat der Arzt Ghassan Abu-Sittah kaum Pause. Der plastische Chirurg

hilft Kindern, die durch israelische Bomben im Libanon verletzt wurden. Er berichtet von Metallsplittern im Bauch eines Mädchens, von Splittern in Gesichtern und Augen, Knochenbrüchen, multiplen Frakturen. „Die Kinder, die wir im Krankenhaus sehen, wurden alle in ihren Häusern verwundet – als diese Häuser angegriffen wurden“, sagt er. Das jüngste Kind sei 4 Jahre alt, das älteste 16 gewesen. „Neben den körperlichen Verletzungen verlieren die Kinder auch ihre Familienmitglieder. Wir hatten Patienten, die Eltern und Geschwister verloren haben und nun auch ihr Zuhause.“
Quelle: taz

dazu: **Kriegsverbrechen und Pogrome**
Israel greift zivile Infrastruktur im Libanon an – eine Million Binnenvertriebene. Gewaltexzesse gegen Palästinenser im Westjordanland
ie jüngsten Ereignisse markieren eine erhebliche Eskalation in Tel Avivs Kriegführung gegen den Libanon: Wie bereits im Juni-Krieg 2006 nimmt die israelische Armee immer häufiger libanesische Infrastruktur ins Visier. Häuser von Zivilisten und Gebäude der öffentlichen Daseinsvorsorge werden beschossen, am Sonntag zerstörte das Militär eine der Hauptbrücken über den Fluss Litani, die den Süden Libanons mit dem Rest des Landes verbindet. Dieser Angriff könnte eine neuerliche humanitäre Katastrophe auslösen, weil die Bevölkerung im südlichsten Teil des Landes vom Zugang unter anderem zu Lebensmitteln und Medikamenten abgeschnitten wird.
Quelle: junge Welt

9. **Faktencheck: Getäuscht durch gefälschte Bilder aus dem Iran**
   Internationale Medienunternehmen wurden durch KI-generierte Bilder zum Krieg gegen den Iran getäuscht – auch die DW. Wie gelangten diese Bilder in die Nachrichtenredaktionen und wie lassen sie sich erkennen?
   Manipulierte oder alte Fotos und Videos machen in Kriegs- und Krisenzeiten häufig die Runde. Manchmal, um falsche Tatsachen vorzutäuschen, manchmal einfach nur, um Klicks zu generieren.
   Im noch immer anhaltenden Krieg Israels und der USA gegen den Iran hat dieses Problem mittlerweile eine neue Dimension erreicht. Fotoagenturen selbst wurden mit manipulierten oder gefälschten Bildern beliefert, die dann in den Nachrichtenredaktionen ganz Europas landeten.
   Einige dieser Fotos scheinen mit Hilfe künstlicher Intelligenz erzeugt worden zu sein, während andere von Menschen digital bearbeitet wurden. Was ist passiert und wie kann man KI-Fälschungen erkennen?
   Quelle: DW
10. **Rechte Kampagne: Vorwurf Judenhass gegen Linkspartei**

Einmal mehr lässt sich die Führung der Linkspartei von einer rechten Journaille am Nasenring durch die Manege ziehen. Anstatt die angesichts der eigenen antifaschistischen Traditionslinie unverschämte Unterstellung, »Judenhass ein Zuhause« zu bieten, energisch zurückzuweisen, ruft die Parteispitze lieber die eigenen Genossen vom linken Flügel zur Ordnung.
Hintergrund ist der Beschluss des niedersächsischen Landesparteitags gegen »den heute real existierenden Zionismus«, der als Ursache für Apartheid in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie den Genozid in Gaza benannt wird. Also Positionen, wie sie von anderen linken Parteien in Europa oder dem sonst als Vorbild in der Linkspartei gefeierten New Yorker Bürgermeister Zohran Mamdani ganz selbstverständlich vertreten werden.
Quelle: junge Welt

11. **Correctiv, HateAid und Amadeu-Stiftung: Journalisten agieren als Lobbygruppe**
Ob Trump-Telefonat, Arrow-System oder Bedrohungslage: Die Regierung mauert. Dafür framen die Hauptstadtjournalisten bei Fragen zu NGO-Finanzierung umso engagierter mit.
Die aktuelle Regierungspressekonferenz stand zu Beginn ganz im Zeichen des Telefonats zwischen Kanzler Friedrich Merz mit US-Präsident Donald Trump im Kontext der sich weiter zuspitzenden Lage im Nahen Osten. Dabei offenbarte sich einmal mehr das kommunikative Grundmuster der Bundesregierung: maximale Betroffenheitsrhetorik bei minimaler inhaltlicher Substanz. Daneben sorgte eine Fragerunde zur Zukunft des Bundesprogramms „Demokratie leben“ für einen jener Momente in der Bundespressekonferenz, in dem die Grenze zwischen journalistischer Nachfrage und politischer Positionierung mehr als verschwamm.
Quelle: Florian Warweg in Ostdeutsche Allgemeine
12. **UBS und Schweizer Nationalbank sind Aktionäre von Palantir**
Beide halten Palantir-Aktien im Wert von je über einer Milliarde Franken. Das berichten internationale Medien und die «Republik».
Ausgerechnet die Schweizerische Nationalbank, aber auch die Grossbank UBS sind Mitbesitzerinnen eines Software-Konzerns, der unter anderem die US-Regierung unterwandert. Palantir half etwa der US-Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) mit ihrer Software, um gegen illegale Migration vorzugehen.
Software von Palantir wird auch für völkerrechtswidrige Kriege eingesetzt. Der Konzern arbeitet eng mit der israelischen Regierung im Krieg in Gaza und in Libanon zusammen.
Amnesty International hatte Palantir bereits im Jahr 2020 dafür kritisiert, dass das Unternehmen seinen Sorgfaltspflichten im Bereich der Menschenrechte gemäss

internationalen Standards nicht nachgekommen sei.
Quelle: Infosperber

13. **Die Wahrscheinlichkeit eines digitalen "dunklen Zeitalters" ist sehr hoch**
Es gibt die Gefahren, die leicht sichtbar sind. Beispielsweise irrationale Präsidenten einer Supermacht, die die Kontrolle über den berühmten roten Knopf haben. Und dann gibt es strukturelle Gefahren, die langsam wirken und oft unterschätzt werden. (…)
Welche Risiken verbergen sich in der Digitalisierung, bzw. vor allem in der Verdrängung der Papierdokumente durch digitale Daten?
Es sind grundlegende Eigenschaften dieser digitalen Daten, die die Probleme schaffen: Sie sind immer grundsätzlich veränderbar. Egal, ob es sich um eine Textdatei handelt, ein Bild oder ein Video. Man muss nur an die ganze Debatte "Lebt Netanjahu?" denken, um wahrzunehmen, wie tief inzwischen die Verunsicherung eingedrungen ist, welche Daten echt sind und welche nicht.
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE
14. **Token-Tracking: Warum Unternehmen jetzt die KI-Nutzung ihrer Mitarbeitenden messen**
Der Einsatz von KI wird für Unternehmen zunehmend zum Kostenfaktor. Deshalb überprüfen immer mehr von ihnen, ob die erzielten Ergebnisse die Investitionen in KI-Tools auch rechtfertigen.
KI-Tools gelten in vielen Unternehmen als Schlüssel zu mehr Effizienz. Nvidia-Chef Jensen Huang soll sogar erklärt haben, dass seine Mitarbeiter:innen „verrückt" wären, wenn sie KI nicht für möglichst viele Aufgaben nutzen würden. Aber während viele noch damit kämpfen, KI sinnvoll in den Arbeitsalltag zu integrieren, sind andere schon drei Schritte weiter und beginnen jetzt damit, den Verbrauch der verwendeten Token zu tracken.
Die Erwartungen an KI klaffen weit auseinander. Laut einer Umfrage des Beratungsunternehmens Section äußerten sich 75 Prozent der Führungskräfte begeistert über die neuen Möglichkeiten. Demgegenüber gaben 40 Prozent der Mitarbeiter:innen an, dass ihnen KI über eine gesamte Arbeitswoche hinweg keine messbare Zeitersparnis bringe. Die Diskrepanz ist deutlich:
Quelle: t3n
15. **Bayern scheitert: Kein Zwang zur Bundeswehr-Kooperation**
Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat entschieden: Ein Kooperationszwang verletzt die Hochschulautonomie – mit Folgen für die Bundeswehr.
Das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum Landesgesetz über die Zusammenarbeit von Hochschulen mit der Bundeswehr setzt einen eindeutigen Akzent in der emotional zugespitzten Debatte um Wissenschaftsfreiheit und militärische Kooperation. Das Gericht hat entschieden, dass Hochschulen nicht juristisch

verpflichtet werden dürfen, Forschungskooperationen oder Ausbildungsangebote für die Bundeswehr zu ermöglichen.
Die konkrete Begründung lautet, dass eine derartige Regelung gegen grundsätzliche verfassungsrechtliche Prinzipien und die Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern verstoße.
Quelle: Telepolis